

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 8/90

Berlin

22. Februar 1990

2. Ex.

57. Jahrgang

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Zahl der Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland hat sich 1987 erstmalig nach 13 Jahren wieder erhöht. Neben der Zuwanderung von Ausländern hat auch der höhere Zuzug von Deutschen aus Ost- und Südosteuropa sowie aus der DDR, der 1988 anhielt, zu dieser Entwicklung beigetragen. Zum Jahresende 1988 hatte die Bundesrepublik 61,7 Mill. Einwohner. 1989 verstärkten sich die Zuzüge nochmals: Bis zum Jahresende kamen 344 000 Übersiedler und 377 000 Aussiedler in die Bundesrepublik.

Inwieweit die Zuwanderungen geeignet sind, den bisher erwarteten Bevölkerungsrückgang im Bundesgebiet langfristig aufzuhalten, wurde in drei Szenarien mit dem Bevölkerungsmodell des DIW überprüft. Trotz der Veränderung in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR behalten solche Szenarien ihre Bedeutung, da selbst bei einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten Informationen über die künftige Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der Bundesrepublik als Grundlage für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen noch auf längere Zeit kaum entbehrlich sein werden.

In den hier diskutierten drei Szenarien wird die Zahl der Einwohner in den nächsten zehn Jahren zunehmen: Im Jahr 2000 werden etwa 66 Mill. Personen im Bundesgebiet leben. Erst im Jahr 2020 wird in einem Szenario wieder die Bevölkerungszahl vom Jahr 1987 erreicht. In den anderen beiden Szenarien liegt sie auch zu diesem Zeitpunkt noch über dem Ausgangswert. Dennoch ist selbst bei einer verstärkten Zuwanderung von Deutschen langfristig mit einem Rückgang der Bevölkerung zu rechnen. Am Ende des Betrachtungszeitraumes, dem Jahr 2040, ergeben sich Bevölkerungszahlen für das Bundesgebiet zwischen 52 und 55 Mill.

Die Entwicklung der einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (Wanderungen, Geburten, Sterbefälle) ist ausführlich im Rahmen der letzten Bevölkerungsvorausschätzung des DIW¹ dargelegt worden. An dieser Stelle wird nur auf die Veränderungen eingegangen, die sich aufgrund der erhöhten Zuwanderungen von Deutschen und anhand der Resultate der Volkszählung 1987 ergeben.

Schon nach den Ergebnissen der Volkszählung war die Zahl der Deutschen um 0,5 Mill. höher und die der Ausländer um 0,6 Mill. geringer, als nach der Bevölkerungsfortschreibung erwartet wurde. Deshalb sind die jährlichen Bevölkerungsbilanzen vom Jahr 1970 an bereinigt

worden (Tabelle 1). Auch die auf die fortgeschriebene Bevölkerung bezogenen demographischen Kennziffern, z.B. die Geburtenziffern, wurden revidiert².

Wanderungen der Deutschen

Die Wanderungen der Deutschen werden im wesentlichen durch die Zuzüge von Aussiedlern und Übersiedlern

¹ Zur langfristigen Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/88, S. 397 ff.

² Eine Veröffentlichung zu den Methoden der Bereinigung der jährlichen Bevölkerungsbilanzen und der demographischen Kennziffern in den Vierteljahrsheften wird vorbereitet.

Tabelle 1

Bereinigte Bevölkerungsbilanzen

Jahr	in 1000 Personen							
	Bestand 1.1.	Ge- burten	Sterbe- fälle	Saldo	Zu- züge	Fort- züge	Saldo	Bestand 31.12.
1970	60 351	811	735	76	1 077	507	570	60 997
1971	60 997	778	715	63	1 002	567	435	61 495
1972	61 495	701	731	- 30	918	586	332	61 797
1973	61 797	635	732	- 97	979	595	384	62 084
1974	62 084	627	728	-101	634	652	- 18	61 965
1975	61 965	600	744	-144	457	669	-212	61 609
1976	61 609	603	734	-131	505	583	- 78	61 400
1977	61 400	583	703	-120	545	518	27	61 307
1978	61 307	576	719	-143	580	470	110	61 274
1979	61 274	582	708	-126	673	429	244	61 392
1980	61 392	621	712	- 91	758	451	307	61 608
1981	61 608	625	720	- 95	630	482	148	61 661
1982	61 661	619	708	- 89	426	506	- 80	61 492
1983	61 492	594	713	-119	373	502	-129	61 244
1984	61 244	584	688	-104	461	622	-161	60 979
1985	60 979	586	696	-110	517	438	79	60 948
1986	60 948	627	693	- 66	604	420	184	61 066
1987	61 066	642	688	- 46	626	411	215	61 235
1988	61 235	677	688	- 11	904	422	482	61 706

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

determiniert³. Nach der Wanderungsstatistik ist der Anteil der Zuzüge von Deutschen aus der DDR, aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion an den gesamten Zuzügen der Deutschen von 40 vH (1975) bis auf 80 vH (1988) gestiegen. Diese Statistik liefert jedoch nur grobe Anhaltspunkte insbesondere für die Zuzüge von Aussiedlern, da die Anmelde- bzw. Abmeldescheine keine Hinweise über die Vertriebeneneigenschaft enthalten. Angaben über den Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern können jedoch den statistischen Berichten des Bundesvergleichsamtes entnommen werden⁴.

Nach dieser Statistik sind von 1950 bis 1988 insgesamt 1,6 Mill. Aussiedler von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden. Bis Mitte der siebziger Jahre kamen durchschnittlich jährlich 30 000 Personen ins Bundesgebiet (vgl. Abbildung 1). Danach haben sich die Zuzüge von Aussiedlern im Durchschnitt verdoppelt. In den letzten beiden Jahren war nochmals ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. 1988 wurden 203 000 Aussiedler registriert, 1989 waren es sogar 377 000; davon kamen aus

- Polen 69 vH,
- der Sowjetunion 24 vH,
- Rumänien 6 vH und
- den übrigen Aussiedlungsgebieten 1 vH.

Für die Schätzung der künftigen Zuwanderungen von Aussiedlern ist das Auswanderungspotential maßgebend; es gibt die Obergrenze für die Zahl der Personen an, die als Deutsche aus den Aussiedlungsgebieten ins Bundesgebiet ziehen könnten. Schätzungsweise leben noch 2,5

bis 3,5 Mill. Deutsche in Ost- und Südosteuropa⁵, und zwar in Polen 0,5 bis 1 Mill., der Sowjetunion 1,9 bis 2 Mill., der Tschechoslowakei 60 000 bis 100 000, Ungarn 200 000 bis 250 000, Rumänien 220 000 bis 350 000, Jugoslawien 150 000.

Wieviele dieser Personen künftig ins Bundesgebiet ziehen, hängt im starken Maße von der politischen Lage in den Herkunftsländern sowie dem Wohlstandsgefälle zur Bundesrepublik Deutschland ab. Es ist unsicher, wie sich die von der sowjetischen Regierung angekündigte Liberalisierung der Ausreisebestimmungen und die politische Wende in Rumänien auf die Zahl der Aussiedler auswirken werden. Angesichts dessen werden zwei Szenarien entwickelt.

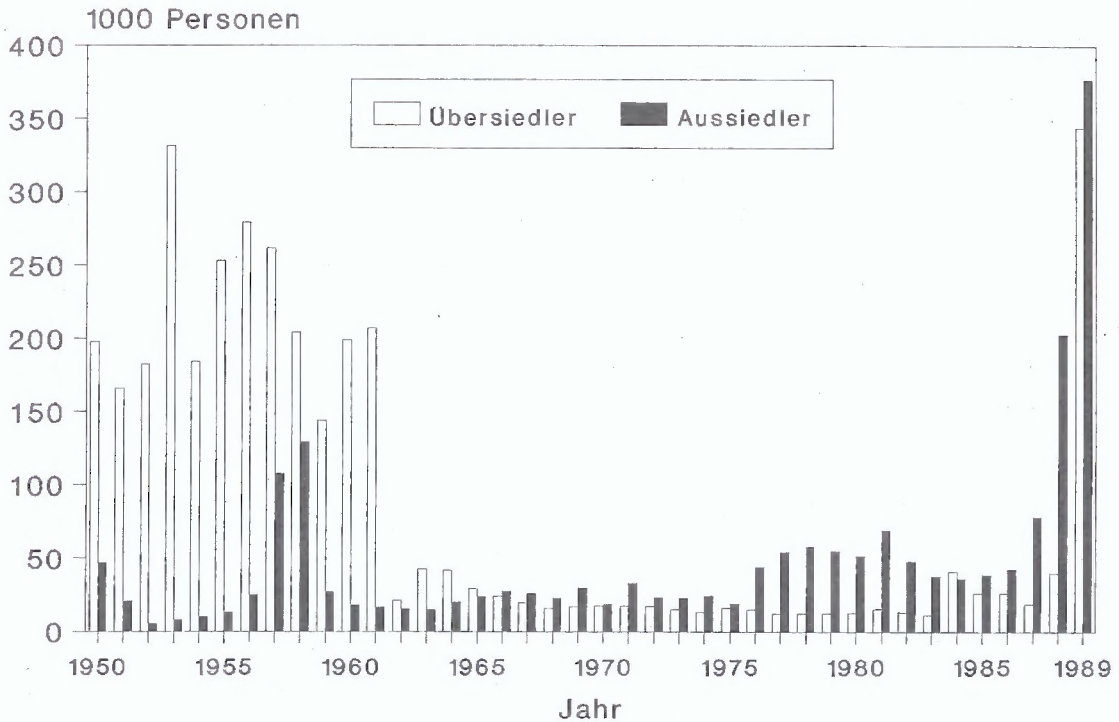
Im *Szenario A* wird angenommen, daß insbesondere aus den weiter entfernten Gebieten nicht alle deutschstämmigen Personen ins Bundesgebiet kommen werden. In der Sowjetunion wird sich die (politische) Lage für die

³ Als Übersiedler werden Deutsche bezeichnet, die aus der DDR und Berlin (Ost) ins Bundesgebiet ziehen. Aussiedler sind Deutsche (bzw. Personen, die nach § 116 Grundgesetz Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben), die aus Südost- und Osteuropa in die Bundesrepublik kommen.

⁴ Hier wird die Zahl der Personen ausgewiesen, die im Zuge des in den Grenzdurchgangslagern durchgeführten Registrier- und Aufnahmeverfahrens erfaßt werden.

⁵ Vgl. H. Fleischer und H. Proebsting: Aussiedler und Übersiedler — Zahlenmäßige Entwicklung und Struktur. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 9/1989, S. 582 bis 589. Institut der deutschen Wirtschaft: *Die Integration deutscher Aussiedler — Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland*. Köln 1989.

Abbildung 1 Zuzüge von Aussiedlern und Übersiedlern



DIW 90

dort lebenden Deutschen weiter verbessern, dennoch dürften die Aussiedlerzahlen aus diesem Land wegen der Liberalisierung der Reisebedingungen 1990 und in den darauffolgenden Jahren etwas steigen. Auch Rumänen-deutsche werden in nächster Zeit verstärkt zuwandern. Insgesamt wird mit folgenden Zuzügen von Aussiedlern gerechnet: bis zum Jahr 1993 durchschnittlich jährlich 230 000, in den beiden folgenden Jahren jeweils 90 000 und bis 2000 jährlich 40 000. Danach nimmt der Zuwanderungsstrom weiter ab.

Insgesamt werden somit bis zum Jahresende 2000 1,3 Mill. Aussiedler in die Bundesrepublik kommen. Zusammen mit den Zuzügen von 1989 sind dies rund 50 vH des Potentials von 3,5 Mill. Personen. Das Institut der deutschen Wirtschaft⁶ rechnet hingegen nach seinem „moderaten Modell“ mit einem Zuzug von 2 Mill. Aussiedlern. Die Bundesregierung⁷ nimmt an, daß in den Jahren 1990 bis 1993 jährlich 300 000 Aussiedler ins Bundesgebiet kommen. Dies ist zwar mehr als hier für den Durchschnitt dieser Jahre unterstellt wurde. Da über den weiteren Verlauf der Zuwanderungen aber nichts gesagt wird, läßt sich eine Relation zu dem Potential bis zum Jahr 2000 nicht herstellen.

Im Szenario B wird angenommen, daß sich mehr Personen zu einer Ausreise ins Bundesgebiet entschließen als im Szenario A. Dies könnte z.B. dann der Fall sein, wenn sich die Erwartungen, die an die politischen und ökonomischen Reformen gestellt werden, nicht in dem Maße erfüllen, wie sie die Deutschen in den betreffenden Gebieten erhoffen. Es wird angenommen, daß bis zum Jahr 1995 jährlich 30 000, von 1996 bis 2010 jährlich 20 000 und von 2011 bis 2040 jährlich 10 000 Aussiedler zusätzlich ins Bundesgebiet kommen.

Nach dem Szenario B werden bis zum Jahresende 2000 über 1,6 Mill. Aussiedler ins Bundesgebiet gezogen sein. Zusammen mit den Zuzügen im Jahr 1989 ergeben sich Zuwanderungen, die rund 60 vH des Aussiedlerpotentials entsprechen. Demgegenüber unterstellt das Institut der deutschen Wirtschaft in seinem „extremen Modell“ den Zuzug des gesamten geschätzten Aussiedlerpotentials von 3,5 Mill. Personen. Dieser Wert wird nach dem DIW-Modell auch am Ende des Vorausberechnungs-

⁶ Die Integration ..., a.a.O., S. 33.

⁷ Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Eingliederungsleistungen für Aussiedler und Übersiedler. Bundesrats-Drucksache 330/89.

Zeitraumes nicht erreicht: Bis zum Jahr 2040 werden 3,1 Mill. Aussiedler ins Bundesgebiet gezogen sein, das sind 90 vH des derzeitigen Aussiedlerpotentials.

Nach der Statistik des Bundesausgleichsamtes sind im Zeitraum 1950 bis 1988 3,2 Mill. Übersiedler im Bundesgebiet aufgenommen worden. In den fünfziger Jahren kamen durchschnittlich jährlich 200 000. Die höchsten Zuwanderungen wurden mit 330 000 Personen 1953 erreicht. Nach dem Mauerbau ging die Zahl auf jährlich 20 000 zurück.

Im Jahr 1989 hat sich die Situation für übersiedlungswillige Personen völlig geändert — zuerst durch die Ausreisemöglichkeiten über Ungarn und die Tschechoslowakei, im November durch die Öffnung der DDR-Grenzen zum Bundesgebiet. Allein im November 1989 sind über 130 000 Personen ins Bundesgebiet übergesiedelt; im Jahr 1989 waren es insgesamt 344 000 Personen. Während diese Zahl im Dezember deutlich zurückging, verstärkte sich der Zuzug in den ersten Wochen dieses Jahres wieder auf täglich über 2000. Die unter 15jährigen und die 25 bis 40 Jahre alten Personen bildeten 1989 die größten Altersgruppen⁸. Es waren also vor allem jüngere Berufstätige mit ihren Kindern, die die DDR im letzten Jahr verlassen haben.

Die DDR hatte Ende 1988 16,7 Mill. Einwohner. Etwa die Hälfte (8,3 Mill.) war jünger als 35 Jahre, 18 Prozent waren 60 Jahre und älter. Wieviele dieser Personen ins Bundesgebiet abwandern werden, hängt im starken Maße von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR ab. Da eine Umkehr des Reformprozesses aus heutiger Sicht wohl ausscheidet, werden hier zwei Szenarien gegenübergestellt.

Im Szenario A wird angenommen, daß umfassende Reformen relativ kurzfristig in Gang gesetzt werden und in der DDR die Hoffnung entsteht, daß das Wohlstandsgelände zum Bundesgebiet abgebaut werden kann, sich somit „das Dableiben lohnt“. Zwar könnte es 1990 noch zu höheren Zuwanderungen kommen, dann dürften die Zahlen aber sinken. Bis zum Jahresende 2000 werden nach diesen Annahmen 1,8 Mill. Personen aus dem Gebiet der DDR in das der Bundesrepublik ziehen: in den Jahren 1990 bis 1995 durchschnittlich jährlich 230 000; dies ist etwas mehr als die durchschnittlichen jährlichen Zuwanderungen in den fünfziger Jahren, und von 1996 bis 2000 jährlich etwa die Hälfte. Diese Wanderungsannahmen für die Zeit von 1990 an liegen sicherlich unter der möglichen Obergrenze. Würde man die im Januar 1990 erreichte Höhe der Übersiedlerzahl auf das Jahr 1990 hochrechnen, so ergäbe sich allein in den ersten 12 Monaten des Vorausberechnungszeitraums eine Zuwanderung von 1 Mill. Personen aus dem Gebiet der DDR ins Bundesgebiet.

Im Szenario B wird angenommen, daß die Reformen nicht in einem von der Bevölkerung der DDR für notwendig erachteten Umfang wirksam werden und sich der

Tabelle 2

Jährlicher Saldo
der Zuzüge und Fortzüge deutscher Personen

Jahr	in 1000 Personen	
	Szenario A	Szenario B
	Insgesamt	
1989	710	710
1990	750	850
1991	550	650
1992	350	450
1993	250	350
1994	200	300
1995	150	250
1996-2000	100	170
2001-2010	50	120
2011-2020	30	80
2021-2030	20	60
2031-2040	0	30

Quelle: Berechnungen des DIW.

Reformprozeß lange hinstreckt. In diesem Falle ist zu erwarten, daß mehr Menschen die DDR verlassen als unter den Bedingungen des Szenarios A. Die Abwanderungen könnten dann über einen längeren Zeitraum eine beachtliche Größe erreichen. Im Szenario B wird mit jährlichen Zuzügen in das Bundesgebiet gerechnet, die in diesem und im nächsten Jahr um 60 000, in den folgenden Jahren bis 1995 um 50 000 und bis zum Jahr 2010 um 30 000 über denen im Szenario A liegen. Bis zum Jahresende 2000 würden dann gegenüber 1989 zusätzlich 2,3 Mill. Personen ins Bundesgebiet übergesiedelt sein. Der Saldo der angenommenen Zuzüge und Fortzüge einschließlich der übrigen Wanderungen der Deutschen ist in der Tabelle 2 ausgewiesen.

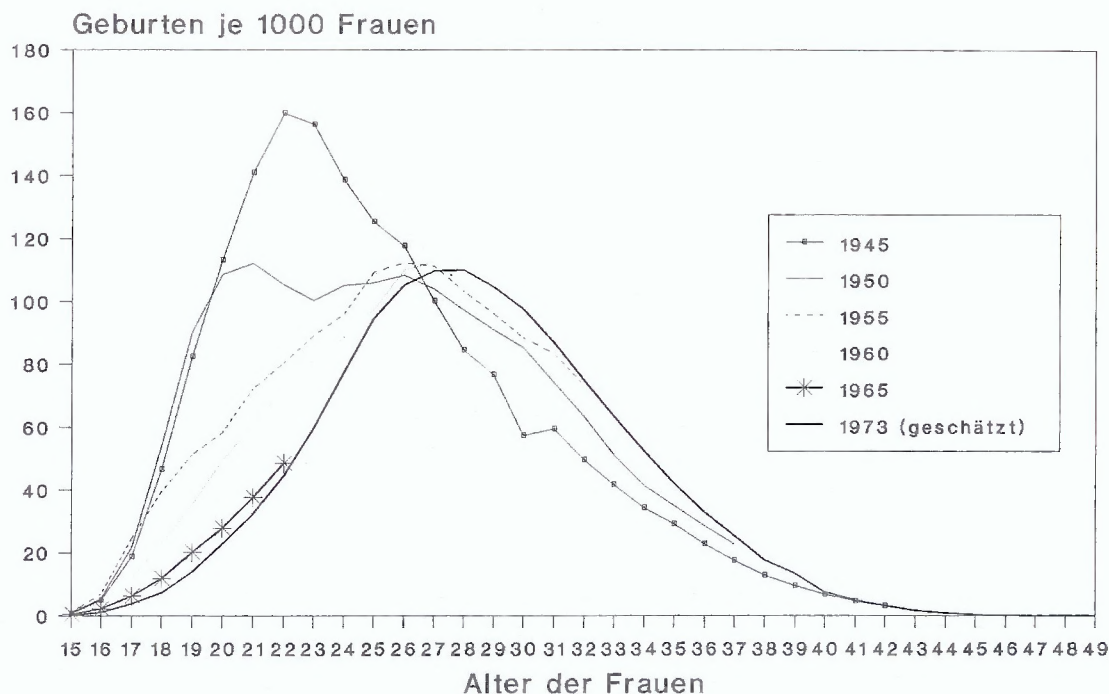
Geburtenentwicklung der Deutschen

Seit 1986 steigt die Zahl der Geburten wieder. Während von 1983 bis 1985 durchschnittlich jährlich 530 000 Kinder geboren wurden, waren es im Durchschnitt der letzten drei Jahre 650 000. Die Zahl der Geborenen ist jedoch nur ein grober Indikator für die Veränderung des generativen Verhaltens. Im Querschnittsvergleich zeigt sich, daß 1985 von 1 000 Frauen 1 277 Kinder geboren wurden, 1987 waren es 1 327 (zusammengefaßte Geburtenziffer).

Wird jedoch in einer Längsschnittbetrachtung die Zahl der Kinder ermittelt, die von 1 000 Frauen des gleichen Geburtsjahrgangs (Kohorten) im Laufe ihres Lebens geboren wurden, dann kann nicht ohne weiteres auf eine Änderung des Geburtenverhaltens geschlossen werden (Abbildung 2). Die Tendenz zur Verringerung der Zahl der insgesamt von einer Frau im Laufe ihres Lebens geborenen Kinder ist bisher nicht gebrochen.

⁸ Werden wir bald ein Volk von Rentnern? Neues Deutschland vom 30.11.1989.

Abbildung 2
Kohortenspezifische Geburtenziffern
Deutsche Frauen



DIW 90

Für die künftige Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik ist auch das Geburtenverhalten von Aussiedlerinnen und Übersiedlerinnen von Bedeutung. Die Fruchtbarkeitsziffern der Frauen in der DDR sind weit höher als die der Frauen im Bundesgebiet⁹. 1987 wurden von 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren in der DDR 1 740 Kinder geboren, im Bundesgebiet waren es 1 327. Auch in den Aussiedlungsgebieten, etwa in Polen oder Rumänien, liegen die Geburtenziffern deutlich über denen in der Bundesrepublik Deutschland¹⁰. Wegen der anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Bundesgebiet ist jedoch die Annahme vertretbar, daß sich das Geburtenverhalten der zugewanderten Frauen im Laufe der Zeit den hiesigen Verhältnissen angleicht. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1973 werden für alle deutschen Frauen im Bundesgebiet die gleichen altersspezifischen Geburtenziffern unterstellt.

Es wird damit gerechnet, daß sich die Geburt des ersten Kindes weiterhin auf einen Zeitpunkt nach dem Ausbildungsabschluß der Frauen und auch nach einer Aufnahme der Erwerbstätigkeit verschiebt. Insgesamt wird erwartet, daß der Rückgang der Kinderzahl je Frau anhält. Allerdings wird sich dieser Trend wesentlich abschwächen.

Diese Annahmen sind für die Vorausschätzung zu einem Geburtenmuster für die 1973 geborenen Frauen verdichtet worden. Danach werden von 1 000 Frauen dieses Geburtsjahrganges im Laufe ihres Lebens 1 315 Kinder geboren. Die altersspezifischen Geburtenziffern der früher geborenen Frauen werden sich diesem Geburtenmuster nähern und danach konstant bleiben.

Der Anstieg der zusammengefaßten Geburtenziffer in den letzten Jahren könnte jedoch ein Anzeichen für eine generelle Änderung im Geburtenverhalten sein. Dem wurde im *Szenario C*¹¹ Rechnung getragen, indem ein Anstieg der Kinderzahlen auf 1500 je 1000 Frauen des Geburtsjahrganges 1973 unterstellt wurde. Damit diese Werte erreicht werden, ist bei den jüngeren Geburtsjahrgängen

⁹ Vgl. DDR: Stabilisierung der Geburtenrate durch Sozialpolitik. Bearb.: Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/89.

¹⁰ Vgl. Maria Lodahl und Heinz Vortmann: Wirkungen der Bevölkerungspolitik auf die Geburtenentwicklung in den kleineren europäischen RGW-Ländern. Beiträge zur Strukturforschung des DIW (in Vorbereitung).

¹¹ Das Szenario C basiert auf den Wanderungsannahmen des Szenarios A.

Tabelle 3

Grenzüberschreitende Wanderungen der Ausländer

Jahr	in 1000 Personen							
	männlich		weiblich		insgesamt			
	Zu- züge	Fort- züge	Zu- züge	Fort- züge	Zu- züge	davon: Asyl- bewerber	Fort- züge	Saldo
1970	668	310	308	124	976	—	435	542
1971	579	359	292	141	871	—	500	370
1972	505	359	294	156	799	—	515	284
1973	555	358	314	169	869	—	527	342
1974	301	386	241	196	542	—	582	— 40
1975	198	376	169	224	367	—	600	—233
1976	215	309	173	206	388	—	516	—127
1977	238	267	185	186	423	—	452	— 29
1978	267	242	190	164	457	—	406	51
1979	338	221	208	145	546	51	366	180
1980	404	244	229	143	632	108	386	246
1981	301	264	200	152	502	49	416	86
1982	186	275	137	159	322	37	434	—111
1983	156	257	120	168	276	20	425	—149
1984	186	315	147	231	333	35	546	—213
1985	229	214	171	154	400	74	368	32
1986	272	201	207	147	480	99	348	132
1987	257	191	217	143	473	57	334	139
1988	649	103	359	290

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.

gängen eine deutliche Zunahme der Geburten in den mittleren Altersjahren notwendig (in den Altersjahren 25 bis 35 um 18 vH). Für einige Altersjahre bedeutet dies sogar eine Umkehrung des bisherigen Trends.

Wanderungen der Ausländer

Die Höhe der Zuzüge und Fortzüge von Ausländern hängt wesentlich von der konjunkturellen Lage in der Bundesrepublik Deutschland ab. Aber auch die politische (und wirtschaftliche) Lage im Heimatland spielt eine Rolle. Von den 650 000 Ausländern, die 1988 ins Bundesgebiet zogen, beantragten über 100 000 Personen politisches Asyl, mithin fast jeder sechste; 1985 und 1986 war es sogar jeder fünfte (Tabelle 3). Die meisten Asylbewerber kamen 1988 aus Polen (29 000), gefolgt von den Jugoslawen (21 000) und den Türken (15 000). 1989 war die Zahl der Asylbewerber mit 120 000 noch höher.

Auch für die nächsten fünf Jahre wird mit Zuwanderungen von Ausländern gerechnet, die die jährlichen Fortzüge um jeweils 100 000 übersteigen. In den Jahren danach wird der positive Wanderungssaldo sinken, auf jährlich 50 000 (bis 2000), 30 000 (bis 2010), 20 000 (2011 bis 2020) bzw. 10 000 (2021 bis 2040).

Tabelle 4

Zusammengefaßte Geburtenziffern

Jahr	Deutsche		Ausländer	
	revidiert*	unrevidiert	revidiert*	unrevidiert
1972	1664	1666	2426	2376
1973	1473	1474	2372	2311
1974	1430	1432	2459	2375
1975	1365	1368	2478	2374
1976	1389	1392	2399	2267
1977	1349	1352	2235	2088
1978	1331	1334	2172	2008
1979	1328	1333	2208	2005
1980	1396	1397	2272	2066
1981	1395	1401	2193	1988
1982	1373	1380	2002	1796
1983	1313	1320	1741	1539
1984	1283	1291	1615	1401
1985	1269	1277	1609	1383
1986	1330	1339	1713	1465
1987	1327	.	1913	.

* Berichtigung der den altersspezifischen Geburtenziffern zugrunde gelegten durchschnittlichen weiblichen Bevölkerung um den Fehler, der sich aufgrund der Differenzen zwischen Fortschreibung und Volkszählung 1987 zurückgerechnet in den einzelnen Jahren ergibt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

Geburtenentwicklung der Ausländer

Die revidierte Bevölkerungsfortschreibung für Deutsche und Ausländer erlaubt auch eine Neuberechnung der Geburtenziffern ausländischer Frauen. Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, fallen die revidierten Geburtenziffern wesentlich höher aus als die ursprünglichen. Dennoch ist auch hier im Trend eine Verringerung der Kinderzahl je Frau zu beobachten.

Für die Vorausberechnung der Geburtenhäufigkeit wird angenommen, daß die Aufenthaltsdauer ausländischer Frauen auch künftig zunehmen wird. Der Anteil der Türiinnen, die unter den Ausländerinnen die höchsten Geburtenziffern haben, wird sich verringern, und die Zahl gemischt-nationaler Ehen wird steigen. Damit wird sich die Zahl der Geburten insbesondere in den jüngeren und älteren Altersjahrgängen verringern, der Rückgang der Geburtenzahlen in den mittleren Altersjahrgängen sich aber abschwächen. Dies führt insgesamt zu einer Veränderung des Geburtenmusters bis zum Jahr 2000. 1995 werden von 1 000 ausländischen Frauen 1700 Kinder ge-

boren, etwa 200 weniger als 1987. Damit wird wieder das Geburtenniveau von 1986 erreicht. Bis zum Jahr 2000 wird mit einem weiteren Rückgang auf 1600 Kinder je 1000 Frauen gerechnet.

Deutlicher Anstieg der Einwohnerzahl bis 2000

Unter den beschriebenen Voraussetzungen weicht die künftige Bevölkerungsentwicklung deutlich von allen bisherigen Vorausberechnungen ab. In der letzten Bevölkerungsvorausschätzung des DIW wurde erwartet, daß die deutsche Einwohnerzahl im Gebiet der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 auf 55 Mill. sinkt. Schon mit dieser Zahl lag das DIW noch über den Ergebnissen anderer Vorausschätzungen¹². Angesichts der Änderung der politischen Lage in Mittel- und Osteuropa und der damit verbundenen Zuwanderungen von Aussiedlern und Übersiedlern wird sich die Zahl der Deutschen im Bundesgebiet bis zur Jahrtausendwende in den Szenarien A und C

¹² Vgl. Zur langfristigen Entwicklung ..., a.a.O., S. 405.

Tabelle 5

Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für die Bundesrepublik Deutschland

Jahresende		Szenario A			Szenario B			Szenario C		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Mill. Personen										
Deutsche	1987	27,0	29,9	56,9	27,0	29,9	56,9	27,0	29,9	56,9
	2000	28,5	30,4	58,9	29,0	30,9	59,9	28,7	30,6	59,3
	2020	25,6	26,9	52,5	26,8	28,1	54,9	26,4	27,7	54,1
	2040	20,4	21,7	42,1	21,8	23,3	45,1	21,9	23,2	45,1
Ausländer	1987	2,4	1,9	4,3	2,4	1,9	4,3	2,4	1,9	4,3
	2000	3,5	3,3	6,8	3,5	3,3	6,8	3,5	3,3	6,8
	2020	4,1	4,4	8,6	4,1	4,4	8,6	4,1	4,4	8,6
	2040	4,4	5,1	9,5	4,4	5,1	9,5	4,4	5,1	9,5
Insgesamt	1987	29,4	31,8	61,2	29,4	31,8	61,2	29,4	31,8	61,2
	2000	32,0	33,6	65,7	32,5	34,1	66,7	32,2	33,8	66,1
	2020	29,8	31,3	61,1	30,9	32,5	63,4	30,6	32,1	62,7
	2040	24,8	26,8	51,6	26,2	28,3	54,6	26,3	28,3	54,6
1987 = 100										
Deutsche	1987	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	2000	105,4	101,6	103,4	107,3	103,3	105,2	106,2	102,3	104,2
	2020	94,7	90,1	92,3	99,0	94,0	96,4	97,7	92,6	95,0
	2040	75,3	72,7	73,9	80,6	77,8	79,1	81,0	77,7	79,3
Ausländer	1987	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	2000	148,2	169,5	157,7	148,2	169,5	157,7	148,2	169,5	157,7
	2020	174,7	229,8	199,4	174,7	229,8	199,4	174,7	229,8	199,4
	2040	185,6	264,6	221,0	185,6	264,6	221,0	185,6	264,6	221,0
Insgesamt	1987	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	2000	108,9	105,7	107,2	110,6	107,3	108,9	109,6	106,4	107,9
	2020	101,2	98,5	99,8	105,1	102,2	103,6	103,9	100,9	102,3
	2040	84,1	84,3	84,2	89,1	89,1	89,1	89,5	89,0	89,2

Quelle: Berechnungen des DIW.

in der Größenordnung von 59 Mill. bewegen. Das sind 3 Mill. mehr als 1987. Hinzu kommen rund 7 Mill. Ausländer. Im Szenario B liegt die Einwohnerzahl mit 67 Mill. um 1 Mill. darüber (Tabelle 5).

Im darauffolgenden Zehnjahreszeitraum wird sich die Einwohnerzahl nur leicht vermindern; erst danach kommt es zu einer Beschleunigung des Bevölkerungsrückgangs. Für das Jahr 2020 liegen die Ergebnisse für das Bundesgebiet zwischen 61 Mill. (Szenario A) und 63 Mill. (Szenario B) und für das Jahr 2040 zwischen 52 und 55 Mill.; die Zahl der Ausländer wird nach diesen Vorausberechnungen dann fast 10 Mill. erreichen¹³.

Verschiebungen im Bevölkerungsaufbau

Bedeutsamer noch als das Niveau der Einwohnerzahl sind die Umschichtungen der Altersstruktur im Gefolge der Zuwanderungen und der langfristigen Veränderungen bei den Geburten und Sterbefällen. Die Zahl der Personen unter 20 Jahren nimmt in den drei Szenarien, nach einem geringfügigen Anstieg etwa bis zur Jahrtausendwende, ständig ab, allerdings mit unterschiedlicher Intensität. Die Annahmen über die Entwicklung der Geburtenhäufigkeiten im Szenario C führen immerhin dazu, daß auf diese Altersgruppe im Jahr 2040 noch 10 Mill. Personen entfallen; das sind 1,5 Mill. mehr als im Szenario A (Tabelle 6).

Deutliche Veränderungen ergeben sich auch für denjenigen Personenkreis, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Wegen der verstärkten Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter wird diese Personengruppe, zu der bisher meist die 20- bis unter 60jährigen gerechnet werden, im Szenario A bis zur Mitte der neunziger Jahre um 3 Mill. größer sein als 1987. Erst um das Jahr 2010 wird die erwerbsfähige Bevölkerung wieder auf den Stand von 1987 (35 Mill.) sinken. Im Zeitraum bis zum Jahr 2040 verringert sich ihre Zahl um gut 10 Mill. auf knapp 25 Mill.

Wegen der im Szenario B unterstellten höheren Zuwanderungen verlangsamt sich der Rückgang der Zahl der 20- bis unter 60jährigen nach 1995. In diesem Szenario wird erst im Jahr 2015 wieder das Niveau von 1987 erreicht. Bis zum Jahr 2040 ist mit einem Rückgang auf etwa 26 Mill. zu rechnen. Zu fast identischen Ergebnissen für das Jahr 2040 führen die höheren Geburtenzahlen im Szenario C. Ihr Einfluß auf diese Personengruppe wird allerdings erst nach 2010 deutlich.

Die Zahl der 20- bis unter 60jährigen liefert nur grobe Anhaltspunkte über die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen. Die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen hängt vom Erwerbsverhalten ab, das von der ständig steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen geprägt wird. Diese Entwicklung hat sich bisher weitgehend unabhängig von der Höhe der Arbeitslosigkeit und der konjunkturellen Lage vollzogen. Vorläu-

fige Berechnungen haben aber ergeben, daß ein weiterer Anstieg der Erwerbsbeteiligung — insbesondere der verheirateten Frauen — die Verringerung des Erwerbspersonenpotentials lediglich in engen Grenzen abzumildern vermag.

Die künftigen Perspektiven für das Angebot an Arbeitskräften hängen auch davon ab, inwieweit es gelingt, Reserven aus dem Personenkreis der über 60jährigen zu mobilisieren. Überlegungen über die Größenordnung, um die es hier geht, können an den vorgesehenen Zeitplan für die Heraufsetzung der gesetzlichen Altersgrenze für den Bezug von Altersruhegeld anknüpfen. Danach soll die Altersgrenze für den normalen Ruhestandsbeginn vom Jahr 2001 an stufenweise heraufgesetzt werden. Vom Jahr 2018 an werden alle Frauen erst mit 65 Jahren (ohne Kürzung der Rente) in den Ruhestand gehen können. Für Männer gilt dies wegen der schon jetzt höheren Altersgrenze bereits vom Jahr 2009 an.

Bezieht man vereinfachend vom Jahr 2015 an die Zahl der 60- bis 65jährigen in die erwerbsfähige Bevölkerung ein, dann erhöht sich die Zahl der Erwerbsfähigen im Szenario A um 4,5 Mill. (2020) bzw. 3 Mill. (2040). Dies würde bedeuten, daß die Zahl der Erwerbsfähigen, auch in Relation zur Gesamtbevölkerung, bis weit in das dritte Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts höher sein wird als 1987. Die Heraufsetzung der Altersgrenze hat somit weit- aus größere Wirkungen auf die Zahl der Erwerbsfähigen als die stärkeren Zuwanderungen (Szenario B) oder die Erhöhung der Geburtenzahlen (Szenario C). Die in der Altersklasse der 60- bis 65jährigen häufigere Erwerbsunfähigkeit ist dabei nicht berücksichtigt.

Während sowohl die Zahl der Jugendlichen als auch die der Erwerbsfähigen langfristig zurückgehen wird, nimmt die Zahl der Personen, die 60 Jahre und älter sind, noch bis über das Jahr 2030 hinaus zu. Im Jahr 2030 werden über 20 Mill. Personen dieser Altersgruppe angehören (Szenario A); dies sind knapp 8 Mill. mehr als 1987. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird dann auf 36 vH gestiegen sein, während nur noch knapp 48 vH der Bevölkerung im Alter von 20- bis unter 60 Jahren sein werden. Auch bei höheren Zuwanderungen (Szenario B) oder höheren Geburtenzahlen (Szenario C) wird der Anteil der Personen im Alter von 60 Jahren und darüber in diesem Maße zunehmen. Wird allerdings die Altersgrenze für die erwerbsfähige Bevölkerung heraufgesetzt, so ändern sich diese Relationen auf 30 zu 54 vH. Der Anteil der Erwerbsfähigen an der gesamten Bevölkerung würde dann im Jahr 2030 nur um 3,5 Prozentpunkte und nicht um 10 Prozentpunkte unter dem Anteil von 1987 liegen.

¹³ Einbürgerungen sind hierbei nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren erhielten jährlich rd. 40 000 Personen durch Einbürgerungen die deutsche Staatsangehörigkeit. Legt man diese Zahl auch für den Vorausberechnungszeitraum zugrunde, dann vermindert sich die Zahl der Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit entsprechend auf 6,2 Mill. im Jahr 2000 und auf 7,4 Mill. im Jahr 2040.

Tabelle 6

Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für ausgewählte Altersgruppen

Altersgruppen			Szenario A					Szenario B					Szenario C				
	1970	1987	2000	2010	2020	2030	2040	2000	2010	2020	2030	2040	2000	2010	2020	2030	2040
	Mill. Personen																
0 bis unter 3	2,6	1,8	1,9	1,4	1,5	1,3	1,1	2,0	1,5	1,6	1,4	1,2	2,1	1,6	1,7	1,6	1,3
Elementarbereich 3 bis unter 6	3,0	1,8	2,1	1,5	1,5	1,4	1,1	2,1	1,6	1,5	1,5	1,2	2,2	1,7	1,6	1,6	1,3
Primärbereich 6 bis unter 10	4,0	2,3	2,9	2,3	1,9	2,0	1,6	3,0	2,3	2,0	2,1	1,7	3,0	2,5	2,1	2,3	1,9
Sekundarbereich I 10 bis unter 16	5,3	3,7	4,0	4,1	3,0	3,0	2,7	4,1	4,2	3,1	3,1	2,9	4,0	4,4	3,3	3,3	3,2
Sekundarbereich II 16 bis unter 19	2,4	2,6	1,9	2,2	1,7	1,4	1,5	2,0	2,3	1,8	1,5	1,6	1,9	2,3	1,8	1,6	1,7
Tertiärer Bereich 19 bis unter 26	5,4	7,4	4,6	5,0	4,9	3,6	3,6	4,7	5,1	5,1	3,8	3,8	4,6	5,0	5,2	3,9	4,0
unter 20	18,1	13,3	13,6	12,2	10,1	9,6	8,6	13,8	12,6	10,6	10,2	9,1	14,0	13,2	11,2	11,0	10,1
20 bis unter 60	31,1	35,2	36,8	35,1	32,9	27,0	24,7	37,4	36,2	34,3	28,6	26,3	36,8	35,1	33,3	28,0	26,2
60 und älter	11,8	12,7	15,3	16,9	18,1	20,3	18,3	15,5	17,2	18,6	20,9	19,2	15,3	16,9	18,1	20,3	18,3
80 und älter	1,1	2,2	2,2	3,0	3,7	3,5	3,9	2,2	3,0	3,7	3,6	4,0	2,2	3,0	3,7	3,5	3,9
Insgesamt	61,0	61,2	65,7	64,2	61,1	56,9	51,6	66,7	66,0	63,4	59,7	54,6	66,1	65,2	62,7	59,2	54,6
	Struktur in vH																
0 bis unter 3	4,3	2,9	2,9	2,2	2,4	2,3	2,1	2,9	2,2	2,4	2,3	2,1	3,1	2,4	2,7	2,6	2,4
Elementarbereich 3 bis unter 6	4,9	2,9	3,2	2,3	2,4	2,5	2,2	3,2	2,4	2,4	2,5	2,2	3,4	2,5	2,6	2,8	2,5
Primärbereich 6 bis unter 10	6,6	3,8	4,4	3,5	3,1	3,5	3,1	4,4	3,6	3,2	3,5	3,2	4,6	3,8	3,4	3,8	3,5
Sekundarbereich I 10 bis unter 16	8,6	6,1	6,1	6,4	4,9	5,2	5,3	6,2	6,4	4,9	5,3	5,4	6,1	6,7	5,2	5,6	5,9
Sekundarbereich II 16 bis unter 19	4,0	4,3	3,0	3,4	2,8	2,5	2,9	3,0	3,4	2,8	2,6	2,9	2,9	3,5	2,9	2,7	3,1
Tertiärer Bereich 19 bis unter 26	8,8	12,1	7,0	7,8	8,0	6,3	6,9	7,0	7,8	8,0	6,4	7,0	7,0	7,7	8,3	6,7	7,4
unter 20	29,7	21,8	20,7	19,0	16,6	16,9	16,6	20,7	19,2	16,7	17,0	16,7	21,2	20,2	17,9	18,5	18,5
20 bis unter 60	50,9	57,5	56,0	54,7	53,8	47,5	47,8	56,1	54,8	54,0	47,9	48,2	55,6	53,9	53,1	47,2	48,0
60 und älter	19,3	20,7	23,4	26,3	29,7	35,7	35,6	23,2	26,0	29,3	35,1	35,1	23,2	25,9	28,9	34,3	33,6
80 und älter	1,9	3,5	3,3	4,6	6,0	6,1	7,5	3,3	4,6	5,9	6,0	7,4	3,3	4,6	5,8	5,9	7,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des DIW.

Diese Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden Auswirkungen auch auf das System der Alterssicherung haben. Bei rückläufiger Zahl der Erwerbspersonen und steigender Zahl von Rentenbeziehern ist eine stärkere Belastung der aktiven Bevölkerung unvermeidlich. Ein vergleichsweise grober Indikator für die Entwicklung der Belastung ist der ‚Altenquotient‘, bei dem die Zahl der nicht mehr erwerbsfähigen Personen zur Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung in Beziehung gesetzt wird. Wird vom Jahr 2015 an — entsprechend den geplanten Regelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung — das Alter, das als Grenze für die Erwerbsfähigkeit gilt, auf 65 Jahre heraufgesetzt, dann ist der Altenquotient im Jahr 2020 mit 36 vH genauso hoch wie im Jahr 1987; er steigt bis zum Jahr 2030 auf 47 vH. Dies bedeutet eine Relation von zwei Personen im erwerbsfähigen Alter zu einer nicht mehr erwerbsfähigen Person.

Bei der Bewertung dieses Quotienten darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die Erwerbsunfähigkeit älterer Menschen mit zunehmendem Alter stark steigt, so daß eine Verschiebung der Altersgrenzen nach oben nur von begrenzter Wirkung ist¹⁴. Der für die Alterssicherung relevante Belastungsquotient dürfte daher über dem Wert von 47 vH liegen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es jedoch nicht zu einer Relation von eins zu eins kommen. Damit wären auch die Einkommensanteile, die die erwerbsfähige Bevölkerung für die Versorgung der nicht mehr Erwerbsfähigen aufbringen muß, geringer, als dies in der sozialpolitischen Diskussion häufig angenommen wird.

¹⁴ Vgl. Gesetzesentwurf zur Rentenreform 1992: Neuorientierung erforderlich. Bearb.: Ellen Kirner und Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/89.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Corneisen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeitet von Erika Schulz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten